



Thematische Schwerpunkte 2024 bis 2027

Familien und Familienpolitik im Wandel

Die Zunahme vielfältiger Familienkonfigurationen, das Aufschieben des Zeitpunkts einer Familiengründung, die Alterung der Bevölkerung, die vermehrte Erwerbstätigkeit der Mütter, die grössere Notwendigkeit zweier Einkommen zur Deckung familiärer Bedürfnisse sowie die Abnahme der Geburtenziffer und damit verbunden die Verschiebung der Lebensprioritäten der Individuen: Dies alles sind demografische und strukturelle Entwicklungen, die der Eidgenössischen Kommission für Familienfragen bei der Festlegung ihrer thematischen Schwerpunkte während der nächsten vier Jahre als Grundlage dient. Die EKFF möchte aufzeigen, wie die Familienpolitik in der Schweiz aufgrund dieser Entwicklungen moderner, aktueller, gerechter und inklusiver gestaltet werden kann.

1 Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit

Die Geburt des ersten Kindes gilt auch heute noch als Schlüsselmoment für die Verteilung der elterlichen Care- und Erwerbsarbeit. In der Schweiz reduzieren die meisten Mütter nach der Geburt ihre Erwerbstätigkeit oder verzichten wegen der Kinderbetreuung für längere Zeit ganz darauf, währenddem die Väter weiterhin hochprozentig berufstätig bleiben.

Auch für die Pflege und Betreuung von Familienangehörigen sind es meist die Frauen, die ihre Erwerbsarbeit einschränken oder aufgeben. Dies hat für die Betroffenen berufliche und finanzielle Folgen, unter anderem führt dies zu oftmals auch knappen Renten im Alter. Eine ausgeglichene Aufteilung der Familienarbeit würde dieses Ungleichgewicht reduzieren.

Für Eltern sind die Ziele einer guten Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit, neben der wirtschaftlichen Sicherheit, vor allem familiäres Wohlbefinden, abhängig von einem chancengerechten Aufwachsen ihrer Kinder und einer verbesserten Gleichstellung ihrerseits. Auch die gute Betreuung von Angehörigen gehört in einer späteren Familienphase zu den wichtigen Bedürfnissen von Familien. Dazu braucht es eine «Vereinbarkeits-Infrastruktur».

Eine gute Vereinbarkeitsinfrastruktur beinhaltet neben flexiblen Arbeitsbedingungen eine umfassende Elternzeit für beide Eltern, qualitativ gute und für alle zugängliche und bezahlbare Angebote an institutioneller Kinderbetreuung, sowie ein breites Verständnis dafür, dass eine gerechtere Aufteilung der Betreuungs-, Erziehungs- und Care-Arbeit zwischen den Eltern und ein für alle Familien und Paare gerechtes Steuer- und Rentensystem Vorteile mit sich bringen, wovon nicht nur die Familien, sondern auch die Wirtschaft und die Gesellschaft als Ganzes profitieren.



2 Wirtschaftliche Absicherung von Familien

Der Übergang zur Elternschaft geht oftmals mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation einher. Familien erbringen wichtige gesellschaftliche Leistungen, die mit einer Einkommensreduktion verbunden sind. Unbezahlte Betreuungs- und Care-Arbeit ist eine dieser Leistungen und wird mehrheitlich von Frauen, oft im erwerbsfähigen Alter, erbracht. Diese Leistungen führen zu einer schlechteren finanziellen Absicherung der Familien, sowohl während als auch nach dem Erwerbssalter (tiefere Löhne, geringere Erwerbspensen, weniger Rente etc.), denn die Schweizer Sozialversicherungsleistungen, insbesondere die 2. und 3. Säule sind an eine finanziell entschädigte Erwerbstätigkeit gekoppelt.

Die EKFF unterstützt Massnahmen, welche die wirtschaftliche Situation von Familien und deren Mitglieder sichern. Dazu gehört die sozialversicherungs- und steuerrechtliche Absicherung unbezahlter Care- und Betreuungsleistungen, verfügbare und bezahlbare qualitativ gute Kinderbetreuungsplätze, verfügbare und bezahlbare qualitativ gute Wohnmöglichkeiten, eine Entlastung von den Krankenkassenprämien und die Gleichbehandlung aller Familienleistungen in der Ehe und im Konkubinat. Gezielte und schweizweit harmonisierte Familienergänzungsleistungen und die Beseitigung von Lohnungleichheiten zwischen den Geschlechtern tragen ebenfalls zur Verbesserung der wirtschaftlichen und somit auch der generellen Situation von Eltern und Kindern bei.

3 Rechtliche Absicherung von Familien

In der Schweiz werden Familien respektive Eltern aufgrund des Geschlechts und/oder der sexuellen Orientierung sowie aufgrund ihres Zivilstands und ihres Aufenthaltsstatus rechtlich diskriminiert. Das Familienrecht, welches auf der Basis des Anknüpfungspunkts «Ehe» entwickelt wurde, ist nicht mehr zeitgemäss. Obwohl in letzter Zeit einige rechtliche Anpassungen vorgenommen wurden, braucht es weitere Reformen. Anstelle des Status «Ehe» sollen real gelebte Beziehungen den Ausgangspunkt für familienfreundliche Regelungen bilden. Dabei soll keine Familienform privilegiert behandelt werden.

Die EKFF setzt sich für weitere Reformen in der rechtlichen Absicherung von Familien ein, insbesondere im Abstammungsrecht, bei der Zuweisung der elterlichen Verantwortung und den finanziellen Folgen sowie im Unterhaltsrecht. Dabei ist auf eine zivilstandsunabhängige Ausgestaltung zu achten und dass elterliche Verantwortungen auch von Dritten übernommen werden können (Stiefeltern, Patchworksituationen etc.). Bei allen Reformen muss das Kindeswohl und das Recht auf ein Familienleben immer Vorrang haben.



4 Familienpolitik auf allen politischen Ebenen verankern

Die Bearbeitung der Aufgaben und Leistungen für und von Familien sind in der Verwaltung auf allen politischen Ebenen in verschiedensten Organisationseinheiten verteilt. Deshalb ist es besonders wichtig, dass der Bewirtschaftung dieser sogenannten Querschnittsaufgaben eine einheitliche Strategie zugrunde liegt. Familienpolitische Aufgabenfelder müssen koordiniert sein und benötigen eine entsprechende Zuständigkeit und die Bereitstellung von Ressourcen. Familienpolitik muss sich zudem aufgrund der sich laufend verändernden Bedürfnisse und aufgrund der immer vielfältigeren Familienkonfigurationen stetig weiterentwickeln können. Damit Familien im ganzen Land ähnlich gute Bedingungen vorfinden, braucht es eine einheitliche Strategie des Bundes zusammen mit den Kantonen und Gemeinden.

Die EKFF setzt sich für eine harmonisierte Strategie in der Familienpolitik ein, die von allen politischen Ebenen mitgetragen wird. Sie zeigt mit guten Beispielen auf, wie eine gemeinsame Familienpolitik auf Ebene Bund, Kantone und Gemeinden nachhaltig koordiniert, verankert und weiterentwickelt werden kann.

5 Intergenerationale Familienbeziehungen

Grosseltern und Geschwister der Eltern (biologische oder soziale) sind im Leben ihrer Enkel, Nichten und Neffen oftmals wichtige Bezugspersonen, die sie stark prägen können. In generationenübergreifenden Verbindungen werden Informationen, Wissen und Erfahrungen ausgetauscht, die für das Funktionieren einer Gesellschaft unabdingbar sind. Zudem sorgen diese Verbindungen für Anerkennung, Geborgenheit und Zugehörigkeit und vermitteln Sicherheit.

Die Solidarität zwischen den Generationen ist ins Wanken geraten. Alt gegen Jung, der Überhang pensionierter Baby Boomer gegenüber den nachfolgenden Generationen, Ressourcenknappheit aufgrund der demografischen Entwicklung (Fachkräfte, Finanzen) und ein unterschiedliches Medien- und Leseverhalten, welches zu unterschiedlichen Wahrnehmungen der Generationen führt: All dies beeinflusst das Verständnis für die «andere» Generation.

Die EKFF setzt sich für die Stärkung des Zusammenhalts der Generationen ein. Generationenbeziehungen sind eine wichtige Ressource unserer Gesellschaft. Dabei spielen neben den biologischen Beziehungen vermehrt auch Wahlbeziehungen eine zentrale Rolle.



Umsetzung

Positionspapiere

Diese liefern aus Sicht der Mehrheit der Kommissionsmitglieder Argumente und Einstellungen zu familienpolitischen Themen mit Handlungsbedarf. Sie stellen die Haltung der Kommission in einen grösseren Zusammenhang und erläutern die Hintergründe, die zum Positionsbezug geführt haben. Sie formulieren politische Lösungswege.

Forschungsberichte

Die EKFF vergibt Forschungsmandate, um Forschungslücken im familienpolitischen Bereich aufzuzeigen. Anhand der Ergebnisse entwickelt sie familienpolitische Perspektiven und regt entsprechende Umsetzungsmassnahmen an.

Stellungnahmen

Bei Vernehmlassungsverfahren zur Einführung oder Revision von Bundesgesetzen, welche in einem familienpolitischen Zusammenhang stehen, reicht die EKFF regelmässig Stellungnahmen ein.

Policy Briefs

Policy Briefs sind kurze, prägnante und einfach zu lesende Beiträge von Kommissionsmitgliedern an die öffentliche Diskussion zu wichtigen familienpolitischen Themen. Es sind Kurzdossiers zu einschlägigen Themen aufgrund von Expertenwissen. Die Meinungen der Autorinnen und Autoren decken sich nicht zwingend mit der Meinung aller Kommissionsmitglieder.

Forum Familienfragen

Alle 1 bis 2 Jahre organisiert die EKFF eine Tagung mit dem Titel «Forum Familienfragen». Sie richtet sich an Fachpersonen in NGOs, Gemeinden, Kantonen und in der Bundesverwaltung. Ziel ist, zu einer aktuellen familienpolitischen Thematik zu informieren und zu sensibilisieren.

Informationsnotizen

Mittels kurz gefasster Dokumente wird ein nicht spezialisiertes Publikum möglichst präzise und sachlich über (neue) Fachkenntnisse informiert. Dies geschieht in Form von Zusammenfassungen von Studien, Rechtsgutachten, Berichten etc., in welchen die wesentlichen Aspekte mit Blick auf familiäre Lebensformen und Familienpolitik herausgearbeitet werden.

Die EKFF online

Um ihr Expertenwissen effizienter in die Öffentlichkeit zu tragen, nutzt die EKFF neben den klassischen Kommunikationsmitteln (Webseite, Mailings) ab Oktober 2024 den Social-Media-Kanal LINKEDIN. Sie verzichtet zukünftig auf X.